

PAKT FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN IN DEUTSCHLAND

Unser friedliches Zusammenleben ist bedroht. Durch rechte Populisten und Rechtsextremisten. Ihr Ziel ist die Zerstörung unserer freien, offenen und pluralen Gesellschaft. Sie wollen eine völkische Gesellschaftsordnung der Ungleichheit, der Ausgrenzung und des Chauvinismus durchsetzen. Ihre Gewaltbereitschaft ist alarmierend. Wir müssen endgültig feststellen: Der rechte Terror in Deutschland hat eine neue Dimension erreicht: Fast 200 Todesopfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt seit 1990, die rassistische Mordserie des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge von Halle und Hanau. Hinzu kommen die fast täglichen Angriffe und Drohungen gegen demokratische Politiker*innen, gegen Bürgermeister*innen sowie kommunal und zivilgesellschaftlich Engagierte. Wir sehen die Gewalt, den Hass und die Hetze gegen Muslime, gegen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und Schutzsuchende.

Den Boden für Mord und Totschlag und andere schlimmste Verbrechen bereitet eine zunehmend enthemmte, rechtsextreme Sprache, vor allem durch die AfD und ihre Anhängerschaft. Hass und Hetze sind mitverantwortlich, wenn bis ans Äußerste Radikalisierte sich berufen fühlen, ihre menschenfeindliche Gedanken in Taten umzusetzen. Die letzten Wochen haben nochmals klar gezeigt: Rechtsextremismus ist heute die größte Gefahr in unserem Land. Das zeigen auch alle Verfassungsschutzberichte für das Jahr 2019 überdeutlich. Der Gefahr durch Rechtsextremisten und Rechtsterrorismus müssen wir mit aller Kraft entgegentreten. Unsere Instrumente dafür sind eine nachhaltige Extremismusprävention und eine Demokratiestärkung auf Grundlage unseres Wertekanons.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen sich sicher fühlen und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Wir sind überzeugt: In dieser Zeit braucht es einen „Pakt für das Zusammenleben in Deutschland“ als deutlich wahrnehmbares Signal der aufrechten Demokrat*innen. Ziel dieses Paktes ist es, auf allen politischen Ebenen und im Schulterschluss mit allen demokratischen Kräften, das Vertrauen in unser demokratisches Gemeinwesen zu erneuern und zu bekräftigen. In einem Dreiklang aus Sicherheit, Teilhabe und Demokratie soll er den weiteren Weg für eine solidarische, offene und der Zukunft zugewandte Gesellschaft ebnen.

Die Umsetzung dieses „Paktes für das Zusammenleben in Deutschland“ kann

nur dann gelingen, wenn er in einem breiten Konsens von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt wird. Jede dieser Ebenen hat in den letzten Jahren wertvolle Erfahrungen bei der Demokratiestärkung gesammelt, die in eine erfolgreiche Realisierung einfließen müssen. Gleichzeitig trägt in unserem föderalen Rechtsstaat auch jede Ebene ihre eigene Verantwortung. In diesem Sinne laden wir Länder und Kommunen ein, bei der Umsetzung und Weiterentwicklung mitzuwirken.

1. Sicherheit

Wichtige Grundlage für eine offene und solidarische Gesellschaft und Basis für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt ist, dass der Einzelne für sich und seine Familie subjektive Sicherheit und Zuversicht empfindet. Sichere und auskömmlich bezahlte Arbeit, bezahlbares Wohnen, das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, starke Rechte für Bürger*innen, Verbraucher*innen und Beschäftigte und der Schutz vor Kriminalität gehören ebenso zu den Bedingungen der Sicherheit, wie der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung und Ausgrenzung und eine wehrhafte, stabile Demokratie.

Soziale Sicherheit

Innere und soziale Sicherheit müssen wieder stärker ineinandergreifen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für einen starken, handlungs- und durchsetzungsfähigen Staat, der an der Seite der Menschen steht und sich kümmert. Gerade in der Corona-Krise haben wir alle wieder - gerade auch im Vergleich mit anderen Staaten der Welt - erfahren, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat und eine funktionierende Verwaltung sind.

Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme weiter stärken. Das Sozialstaatskonzept und das Konzept für Wohnen und Mieten, das der Bundesparteitag der SPD im Dezember 2019 beschlossen hat, sind vor diesem Hintergrund echte Meilensteine. Das gilt ebenso für die von uns durchgesetzte Grundrente: Ab dem 1. Januar 2021 profitieren rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner vom Grundrentenzuschlag.

Sicher sein vor Kriminalität und sich sicher fühlen

Wir wollen, dass alle Menschen im Alltag sicher sind vor Kriminalität und sich auch sicher fühlen. Das gilt für alle bei uns lebenden Menschen. Neben anderen Kriminalitätsbereichen ist der Rechtsextremismus und die rechts motivierte Kriminalität unbestritten die größte Herausforderung. Deshalb gilt für uns uneingeschränkt: Nur dort, wo alle Menschen frei und sicher leben, kann gesellschaftliche Vielfalt in gegenseitigem Respekt gedeihen.

Seit Jahren sinkt die Kriminalität, und die Aufklärungsquote ist auf einem (auch international gesehen) sehr hohen Niveau. Wir wissen aus Umfragen:

Die Polizei in Deutschland genießt für ihre Arbeit hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Gleichzeitig aber fühlen sich viele Menschen unsicher. Deswegen müssen wir konsequent gegen alle Formen der Kriminalität vorgehen.

Präsente und gut ausgestattete Sicherheitsbehörden

Grundvoraussetzung hierfür ist eine besser ausgestattete, in der Fläche des Landes präsente Polizei, die auf die Entwicklungen der Kriminalitätsphänomene wie z.B. Internetkriminalität kompetent reagiert, sowie eine eng verzahnte Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

Gleichzeitig müssen sich Polizeibeamte, Beschäftigte der Verwaltung, aber auch Vertreter*innen der Kommunalpolitik angesichts der zunehmenden Beleidigungen, Drohungen oder gar tätlichen Angriffen unserer Solidarität und Hilfe sicher sein. Solche Angriffe sind Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaat. Wir dürfen sie nicht dulden. Sie müssen mit aller Konsequenz verfolgt werden.

Rechte Netzwerke zerschlagen

Menschenfeindliche Gewalttäter haben in Deutschland Netzwerke geschaffen. Diese gilt es, genau und dauerhaft im Blick zu behalten und zu zerschlagen. Wir sind froh, dass der Bundesinnenminister unserer Forderung gefolgt ist und das Neonazi-Netzwerk „Combat 18“ endlich verboten hat. Aber weiterhin organisieren sich Rechtsextremisten in Netzwerken, legen perfide „Feindeslisten“ von Demokrat*innen an und üben den Bürgerkrieg. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen und fordern konsequentes Handeln unserer Sicherheitsbehörden.

Deshalb darf es nicht dabei bleiben, dass sich trotz der akuten Bedrohungslage derzeit noch so viele gesuchte Rechtsextremisten auf freiem Fuß befinden. Wir wollen, dass die mehreren hunderte Straftäter*innen, deren Haftbefehle bisher nicht vollstreckt wurden oder werden konnten, schnellstens dingfest gemacht werden. Zudem haben immer noch zu viele bekannte Rechtsextremisten und Reichsbürger legal Waffen in den Händen. Wir wollen, dass diese Feinde unserer Demokratie schnellstmöglich entwaffnet werden.

Angesichts der Tatsache, dass von 5.240 Ermittlungsverfahren wegen rechtsradikaler Straftaten im vergangenen Jahr über 4.500 eingestellt wurden, steht für uns außer Frage, dass der Fahndungs- und Strafverfolgungsdruck auf rechtsextreme Netzwerke, Straftäter*innen und die Überwachung der Gefährder*innen durch eine konsequente Zusammenarbeit der Ebenen und Bereiche von Aufklärung, Ermittlung und Strafverfolgung wesentlich erhöht werden muss. Vor diesem Hintergrund halten wir die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität für eine sinnvolle Forderung.

Verfassungsfeindliche Bestrebungen in der AfD beobachten

Der Nährboden für solche menschenverachtenden Taten ist eine rechtsradikale, menschenverachtende Ideologie, die unser politisch-gesellschaftliches Klima vergiftet, das zunehmend von Beleidigungen, Bedrohungen und Hetze geprägt ist. Immer wieder finden solche Taten im Umfeld der AfD statt. Nicht selten sind AfD-Politiker*innen selbst Urheber von Hass und Hetze. Wir begrüßen sehr, dass der rechtsextreme „Flügel“ der AfD zum Beobachtungsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz erklärt wurde und dies inzwischen auch in vielen Bundesländern der Fall ist. Es ist richtig und notwendig, dass auch die AfD verstärkt als Partei in den Fokus genommen wird. Die öffentlichen Aussagen von nicht wenigen Mandatsträgern, Funktionären, Mitgliedern und Anhängern lassen erkennen, dass die Partei sich weiter radikalisiert und rechtfertigen schon für sich allein die erhöhte Wachsamkeit und im nächsten Schritt auch die Beobachtung.

Internet als Tatort stärker ins Visier nehmen

Insbesondere im Internet werden massenhaft Hassbotschaften verbreitet und Straftaten begangen, die leider viel zu oft nicht geahndet werden, weil es selten zur Anzeige kommt oder weil die Täter nicht ermittelt werden können. Wir müssen deutlich machen, dass Äußerungsdelikte und andere Straftaten auch in der digitalen Welt nicht ungesühnt bleiben. Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt und Ausdruck unseres wehrhaften Rechtsstaats. Dieser Rechtsstaat reagiert damit insbesondere konsequent auf die im Internet und insbesondere in den sogenannten sozialen Medien zu beobachtenden Verrohung der Kommunikation. Wir werden prüfen, ob eine Identifizierungspflicht der User gegenüber bestimmten Internetplattformen sinnvoll ist. Eine Klarnamenpflicht betrachten wir dagegen als unangemessen.

Kultur des Widerspruchs auch in Sicherheitsbehörden

Starke Sicherheitsbehörden sind Sicherheitsbehörden, die sich nicht nur ihrer sicherheitspolitischen, sondern auch ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst sind. Deshalb brauchen wir - wie in der Gesellschaft insgesamt - auch in Polizei und Justiz eine gestärkte angewandte Kultur des Widerspruchs gegen Menschenfeindlichkeit.

Dafür soll in der Aus- und Weiterbildung unserer Sicherheitsbehörden die politische Bildung und die Gefahr rechtsextremistischer Bestrebungen noch stärker thematisiert werden. Auch in der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten soll die besondere Herausforderung im Umgang mit politisch motivierter Hasskriminalität als fester und stetiger Bestandteil integriert werden. Gegen jede rechtsextreme Tendenz in den Reihen von Sicherheitsbehörden und Justiz muss mit Mitteln der inneren Führung konsequent vorgegangen

werden. Das gleiche gilt für die Verfassungsschutzämter in Deutschland, wie auch für die Bundeswehr.

Worum es beim Thema Sicherheit jetzt geht:

- Soziale Sicherheit stärken und ausbauen - unser Sozialstaatskonzept fortentwickeln und umsetzen
- Für besseren Schutz vor Kriminalität durch präsenzte Polizei sorgen – gut ausgebildet und ausgestattet
- Rechte Netzwerke zerschlagen, Rechtsextremisten und Reichbürgerentwaffnen, Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen rechten Hass und Hetze einrichten
- Angesichts der rechtsextremen Entwicklungen von Teilen der AfD und der Beobachtung des "Flügels" ist eine offene Beobachtung durch Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz folgerichtig.
- Internet stärker als Tatort ins Visier nehmen, Rechtsdurchsetzung verbessern
- Kultur des Widerspruchs gegen Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden und Justiz durch Aus- und Weiterbildung strukturell stärken

2. Integration und Teilhabe

Deutschland ist bereits seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Jeder vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Das bereichert unser Zusammenleben. Grundvoraussetzung für ein gemeinsames Leben in einer guten Gesellschaft ist die Gewissheit, dass man dazugehört. Dass man selbstverständlich akzeptiert ist, unabhängig davon, ob man Wurzeln hat, die in andere Länder reichen. Nicht erst seit den rassistischen Morden in Hanau. Nicht erst seit den schrecklichen Taten des sogenannten „NSU“ und ihrer rassistisch geprägten Aufklärung ist diese Gewissheit erschüttert. Sie wird erschüttert durch das alltägliche tägliche Erleben von Misstrauen und Ausgrenzung.

Rassismus grenzt aus. Er unterteilt in „Wir“ und „Die“, er stigmatisiert und wertet ab. Eine moderne und solidarische Gesellschaft lebt aber von der Akzeptanz von Vielfalt und der Bereitschaft zur Integration. Integration ist nicht etwa alleine die Aufgabe des Individuums, das die sich demnach einzugliedern hätten. Gelingende Integration steht und fällt vor allem mit der Bereitschaft der Gemeinschaft, Neue und Neues aufzunehmen. Auf die Integration muss die selbstverständliche Teilhabe im Sinne einer echten Chance folgen, ein vollumfänglich akzeptiertes und respektiertes Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Integration ist für uns eine gesamtgesellschaftliche, wie auch gesamtstaatliche Aufgabe, die weit mehr umfasst als die Finanzierung von Sprach- und Integrationskursen. Ein langfristiger nationaler Kraftakt ist erforderlich. Das

gilt auch, wenn es darum geht, die seit 2015 geschaffenen Strukturen für die Integration von Flüchtlingen zu erhalten.

Zusammengehörigkeitsgefühl stärken

Deshalb brauchen wir ein neues, ein gestärktes Zusammengehörigkeitsgefühl. Wir brauchen ein neues deutsches „Wir“, das verbindet und niemanden ausgrenzt. Das verlangt von allen Beteiligten ein aufeinander zugehen im gegenseitigen Respekt und auf Basis unseres demokratischen Wertesystems.

Dieses neue Zusammengehörigkeitsgefühl muss in allen Bereichen der Gesellschaft sichtbar werden. Der rechtsextremistischen Ausgrenzungsdoktrin werden wir – auch in der antifaschistischen Tradition der Mütter und Väter unseres Grundgesetzes - entgegenreten und uns dafür einsetzen, dass Antirassismus, Demokratieförderung sowie das Engagement gegen Antisemitismus als explizite Staatsziele in die Verfassung des Bundes und der Länder aufgenommen werden. Zudem treten wir dafür ein, noch in dieser Legislaturperiode den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen.

Mit Nulltoleranz gegen Rassismus

Dort, wo Rassismus vorkommt, muss er als solcher öffentlich benannt werden. Wir brauchen mehr öffentliches Bewusstsein für einen starken Diskriminierungsschutz. Deshalb wollen wir eine(n) unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen, welche(r) auf rassistische Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam macht und dann Lösungen vorschlagen soll, wie diese zu beheben sind. Nach langer Vakanz muss die Leitung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes endlich nachbesetzt werden. Zudem wollen wir die Behörde finanziell und personell stärken. Schlussendlich bedarf es nach unserer festen Überzeugung einer Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) um u.a. bisherige Schutzlücken zu schließen.

Chancengleichheit und Aufstiegsversprechen für alle

Chancengleichheit und Aufstiegsversprechen gehören zum Kitt unserer Gesellschaft und sind ein zentrales Element sozialdemokratischer Teilhabepolitik. Es geht darum, allen Bürger*innen unabhängig von sozialer oder geographischer Herkunft zu garantieren, dass sie vor allem bei Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialem Aufstieg alle dieselben Chancen und Möglichkeiten haben – frei von Diskriminierung.

Wir wollen dafür sorgen, dass jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten, Talente und Interessen gefördert wird. Besorgniserregend ist, dass die soziale Mobilität in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten nicht zugenommen, sondern im Gegenteil abgenommen hat. Das betrifft nicht nur, aber in besonderem Maße, Kinder und junge Erwachsene mit Migrationshin-

tergrund. Studien haben gezeigt: Schüler*innen mit türkisch- oder arabisch klingenden Namen werden weiterhin strukturell benachteiligt gegenüber ihren leistungsgleichen Mitschüler*innen mit deutsch klingenden Namen. Weiterhin haben sie größere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden als ihre Mitschüler*innen mit deutsch klingenden Namen. Und weiterhin haben sie es schwerer, auf dem Arbeitsmarkt eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit zu finden.

Eine zentrale Aufgabe ist daher, unsere Gesellschaft durchlässiger zu machen und allen die Möglichkeiten zu geben, diese wiedergewonnene Durchlässigkeit aus eigener Kraft oder mit der notwendigen Unterstützung zu nutzen.

Diskriminierungsfreie Bildung, Ausbildungsplatzvergabe und Arbeitswelt

Wir wollen stärker denn je eine moderne und zeitgemäße Bildungs- und Antidiskriminierungspolitik, damit auch Aufstiegshindernisse durch Diskriminierung beseitigt werden. Für alle benachteiligten Gruppen. Hierfür müssen Integration und Teilhabe auch auf der individuellen Ebene gestärkt werden.

Neben einer modernen, gut ausgestatteten Bildungslandschaft und zeitgemäßen Bildungsplänen braucht es eine umfassende schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit. Sie muss gestärkt werden, um Menschen mit Aufstiegshemmnissen zu ermuntern und noch besser auf ihrem Weg der sozialen und beruflichen Teilhabe professionell begleiten zu können.

Aber auch für Sprachkurse, für Sozialarbeit in Dörfern und Quartieren, für die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration und für die Unterstützung von Frauen und Familien wollen wir mehr Geld aufwenden.

Mehr Migrant*innen in wichtigen Positionen – für ein Bundespartizipationsgesetz

Wir wollen zudem dafür sorgen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte in den Behörden, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik angemessen vertreten sind. Wir wollen im Bund nach dem Vorbild einiger Bundesländer ein Partizipations- und Integrationsgesetz entwickeln, das die Öffnung der Gesellschaft entscheidend voranbringt, indem es staatliche Institutionen zu einem Prozess der interkulturellen Öffnung verpflichtet und sie damit zum Vorbild für andere gesellschaftliche Bereiche macht.

Aus der Vergangenheit wissen wir: Integration braucht einen langen Atem. Wir müssen daher sicherstellen, dass die Finanzierung ihrer verschiedenen Tätigkeitsfelder langfristig gesichert wird. Dabei müssen sich auch private Organisationen und Träger der freien Wohlfahrtspflege sich unserer Unterstützung in ihrem Wirken gewiss sein.

Verlässliche Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete

Von zunehmender Bedeutung ist die Stärkung von Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete. Eine zusätzliche Wirkung entfalten diese Projekte dann, wenn sie neben Geflüchteten auch die Aufnahmegesellschaft mit einbeziehen. Die bisher vorhandenen Angebote reichen dafür nicht aus und wirken selten nachhaltig. Wir werden deshalb stärker als bisher Vorhaben und Projekte der politischen Bildung und des Empowerments für Geflüchtete und Einheimische anregen. Private Organisationen, freie Träger und die Wohlfahrtsorganisationen werden wir in diese Konzeptentwicklungen mit einbeziehen.

Worum es beim Thema Integration und Teilhabe jetzt geht:

- Ein neues deutsches „Wir“ schaffen für ein stärkeres und wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl
- Antirassismus, Demokratieförderung und Engagement gegen Antisemitismus als explizite Staatsziele fixieren
- Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen (Art. 3 Abs. 3 GG)
- Unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen
- Modernisierung Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
- Diskriminierungsfreie Bildung, Ausbildungsplatzvergabe und Arbeitsmarktchancen
- Umfassende schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit gewährleisten
- Mehr Geld für Sprachkurse, für Sozialarbeit in Dörfern und Quartieren, für die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration
- Mehr Migrant*innen in wichtigen Positionen durch verpflichtende interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes
- Teilhabe organisieren durch ein Bundespartizipationsgesetz
- Für verlässliche Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete sorgen

3. Stärkung der Demokratie

Die Feinde der Demokratie stehen rechts, und sie sitzen heute wieder in unseren Parlamenten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind sich dieser Gefahr bewusst. Wir treten ihnen aus tiefer Überzeugung konsequent entgegen. Die Vorgänge in Thüringen, aber auch in vielen anderen Orten der Republik, haben gezeigt, dass der jahrzehntelang gültige Konsens der Demokrat*innen vorerst aufgekündigt wurde, dass keinerlei Zusammenarbeit mit rechtsradikalen, rassistischen und demokratiefeindlichen Kräften wie der AfD gibt. Daher bedarf es zwingend einer Vergewisserung und Erneuerung dieses Konsenses.

Rechtspopulisten und -extremisten diskreditieren demokratische, öffentlich-rechtliche und staatliche Institutionen, stellen die Freiheit und Unabhän-

gigkeit der Presse infrage und untergraben demokratische Diskurse. Diese Entwicklung ist alarmierend und fordert die Grundfesten unserer Demokratie heraus. 75 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erscheint es wieder notwendig, die Demokratie auf allen Ebenen zu stärken.

Hinzu kommt, dass die Akzeptanz von und das Vertrauen in demokratische Entscheidungen und Politiker*innen seit einigen Jahren immer mehr unter Druck geraten. Wir erleben eine gesellschaftliche Polarisierung und eine damit einhergehende erstarkende sprachliche Verrohung in politisch-gesellschaftlichen Diskursen.

„Demokratie braucht Demokraten“ (Friedrich Ebert) – mehr demokratisches Bewusstsein schaffen

Deshalb müssen wir alles dafür tun, den unverzichtbaren Wert unserer Demokratie wieder stärker ins Bewusstsein zu rufen. Das Gute ist: demokratisches Bewusstsein kann man und muss man (er)lernen. Deshalb wollen wir Demokratie-Lernen zu einem Eckpfeiler des deutschen Bildungswesens machen.

Unerlässlich ist das Erlernen eines menschenfreundlichen Zusammenlebens, das ein Miteinander garantiert, in dem Diversität akzeptiert und respektiert wird, in dem Rassismus und Diskriminierung keinen Platz hat. Es ist absolut unverzichtbar, dass alle Institutionen des Bildungswesens einen Beitrag dazu leisten, dass die demokratische Einstellung als Grundvoraussetzung des gesellschaftlichen Miteinanders gestärkt, geschützt und verteidigt werden. Demokratie leben und lernen geht für uns weit über den Politikunterricht an Schulen hinaus. Es umfasst das demokratische Zusammenleben in den Schulen, Jugendzentren, Betrieben und Hochschulen genauso wie eine Stärkung demokratiefördernder Inhalte und das demokratische Ringen um Kompromisse als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dazu gehört auch Neugierde und Weltoffenheit zu fördern, Teilhabe am Europa von morgen vorzubereiten und zu vertiefen und die globale Mitverantwortung zu stärken. Ein Schlüssel dazu ist die Förderung von Mehrsprachigkeit. Wir wollen, dass jeder Mensch die Chance erhält, einen Teil seiner Ausbildung im Ausland zu absolvieren – sei es Schule, Ausbildung, Studium oder auch Weiterbildung.

Demokratiefördergesetz jetzt! – dauerhafte Absicherung von Projekten und Initiativen

Wir erfreuen uns in Deutschland einer breit ausdifferenzierten, im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagierten Zivilgesellschaft, die es zu fördern und zu stärken gilt. Die heute in allen Bundesländern existierenden Mobilen Beratungsteams, die Opferberatung für Betroffene rechter

und rassistischer Gewalt und auch die vielen lokalen und überregionalen Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie sind es, die sich zumeist an vorderster Front Neonazis und Rechtspopulisten entgegenstellen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Verschwörungstheorien aufgreifen und in die öffentliche Diskussion überführen. Sie stärken Lokalpolitikern und aktiven Demokraten, aber auch Betroffenen von rassistischer Gewalt, vor Ort den Rücken und stehen ihnen zur Seite. Für diese Arbeit gilt ihnen unser ausdrücklicher Dank.

Angesichts der wachsenden Populismen und Extremismen hat die sichere und durchgängige Finanzierung von Projekten für Demokratie, Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit wie „Demokratie leben!“ eine hohe Priorität. Zudem wollen wir endlich gesetzlich verankern, dass die Demokratieförderung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Es ist an der Zeit, dass wir die wertvollen Strukturen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten geschaffen wurden, dauerhaft fördern, absichern und ausbauen. Dabei wollen wir auch den Schutz von und die Hilfe für Opfer von Hass und Hetze stärken. Deshalb bringen wir noch in dieser Legislaturperiode ein Demokratiefördergesetz auf den Weg, welches eine dauerhafte Finanzierung für Langfristprojekte sowie auch einen Projektetopf für Einzelprojekte garantiert.

Parallel zum Erlass und der Wirksamkeit eines Demokratiefördergesetzes wollen wir die Mittel des Bundes für Programme gegen Rassismus, gegen Rechtspopulismus und gegen Rechtsextremismus aufstocken und verstetigen. Insbesondere über das extrem erfolgreiche Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stellt der Bund jährlich 115 Mio. EUR für Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund werden wir uns auch dafür einsetzen, dass über einen weiteren Ausbau des Programms künftig auch kommunale Präventionsstrukturen und lokale Projekte der Demokratieförderung im notwendigen Umfang gestärkt werden.

Dem so gesteigerten Bundesengagement folgt unsere Erwartung, dass die Länder ebenfalls ihrer Verantwortung nachkommen und die eigenen Landesprogramme in dem notwendigen Umfang ebenfalls ausfinanzieren. Ein solches finanzielles Bekenntnis ist insbesondere auch für die Regionen wichtig, in denen Rechtspopulisten in den vergangenen Jahren erstarkt sind. Gerade dort erleben wir ein zunehmend infrage stellen demokratischer Prozesse und eine Zunahme von Ausgrenzungsmechanismen.

Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes, für eine Kultur der Wertschätzung
Zusammenhalt entsteht zu einem wichtigen Teil aus starken und öffentlich geförderten zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem starken bürger-

schaftlichen Engagement. Es ist gut und richtig, dass viele Träger, die sich für ein offenes, plurales und demokratisches Gesellschaftssystem einsetzen, öffentlich gefördert werden. Deshalb steht für uns außer Frage, dass von der Gemeinnützigkeit auch politisches gesellschaftliches Engagement für unsere Demokratie umfasst ist. Zum Schutz dieses Engagements hat deshalb Bundesfinanzminister Olaf Scholz bereits mit einem „Nicht-Anwendungserlass“ auf anderslautende Gerichtsurteile reagiert. Auch vor diesem Hintergrund halten wir eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes für unumgänglich.

Ebenfalls wollen wir ehrenamtliches Engagement weiter stärken, dessen Attraktivität erhöhen und die Kultur der Wertschätzung ausbauen. Hierfür werden wir im Laufe der Legislaturperiode entsprechende Vorschläge vorlegen.

Regelmäßiges Demokratie-Monitoring auf Bundesebene

Jenseits dieser Stärkung der Demokratiebildung und von Partizipationsprozessen müssen wir ganz grundsätzlich feststellen, dass unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten sozial ungleicher, individualisierter und digitaler, älter und diversifizierter geworden ist. Dabei ist es nur unzureichend gelungen, die Veränderungen unserer politischen Kultur und unserer Gesellschaft in den demokratischen Aushandlungsprozessen abzubilden.

Vor diesem Hintergrund erachten wir es für sinnvoll, auch auf Bundesebene ein regelmäßiges Demokratie-Monitoring vorzunehmen, wie es beispielsweise in Niedersachsen erfolgt. Ein solches Monitoring kann dazu beitragen, gesellschaftliche Konfliktlagen, aber auch Regelungsdefizite und Institutionenvertrauen systematisch zu erfassen und Handlungsoptionen zu erkennen.

Worum es beim Thema Demokratie jetzt geht:

- Mehr demokratisches Bewusstsein schaffen - Demokratie-Lernen zu einem Eckpfeiler des deutschen Bildungswesens machen
- Demokratiefördergesetz jetzt! – für eine dauerhafte Absicherung von Projekten und Initiativen sorgen
- Sichere und durchgängige Finanzierung von „Demokratie leben!“ garantieren
- Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes, für eine Kultur der Wertschätzung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem starken bürgerschaftlichen Engagement
- Einführung eines regelmäßigen Demokratie-Monitorings auf Bundesebene

Fazit

Um den genannten Herausforderungen gerecht zu werden, wollen wir den hier skizzierten Pakt für das Zusammenleben in Deutschland schließen. Gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft wollen wir die unterschiedlichen politischen Ebenen verantwortlich für die Stärkung un-

serer Demokratie, für Pluralismus und den Schutz von Minderheiten, für eine aktive Teilhabepolitik und gegen Menschenfeindlichkeit einbinden.

Flankierend hierzu wollen wir nach kanadischem Vorbild Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft in eine Kommission für das Zusammenleben in Deutschland berufen. Ihre Aufgabe soll es sein, das Leitbild für unsere Einwanderungsgesellschaft weiterzuentwickeln. Die Beschreibung von „Einheit in Vielfalt“ könnte helfen, dass „die Menschen sich damit identifizieren können und sich dabei nicht fremd vorkommen“ (Prof. Dr. Naika Foroutan).

Gleichzeitig gilt es, die Sicherheit der Menschen vor Ort zu stärken und effektiv gegen die Bedrohungen von Extremismus und Hasskriminalität vorzugehen. Das ist zum einen die Aufgabe der Politik und unserer Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Zum anderen ist aber auch unsere Zivilgesellschaft und jeder Einzelne gefordert, sich klar gegen Rassismus und für unsere demokratischen Prinzipien einzusetzen.

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere Verfassung sind die Basis dafür, dass wir seit über 70 Jahren in Deutschland in Frieden leben können. Dieses Bewusstsein für den hohen Wert und die Vorzüge unserer Demokratie soll und muss in den kommenden Jahren stärker gefördert werden.